ontag, 17. September 1923 • 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 600 000 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 436

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die gestrigen Reden Poincarés.

Keine Erwähnung der Vorschläge Stresemanns.

Festsetzung der Zahlungsbedingungem weder durch internationale Sachverständige noch durch eine Treuhändergesellschaft, sondern allein durch die Reparationskommission."

Gegen einen Garantievertrag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. September.

Die Rede des Ministerpräsidenten in Dun ist nicht eine Antwort auf die Vorschläge des Kanzlers Stresemann, sondern eine Erwiderung auf die Ratschläge der Alliierten und auch der französischen Presse, den Ruhrkonflikt nicht durch unerhörliche Forderungen zu überspannen. Nach seiner Gewohnheit beginnt Poincaré mit einer Ausmalung der Schrecken des Krieges. Schon dadurch zeigt er, daß es ihm nicht darauf ankommt, die traurige Vergangenheit zu liquidieren, sondern, daß er das Recht der Zukunft aus der Erinnerung an überwundene Leiden herleiten will. Da er gerne mit seiner Belesenheit prunkt, holt er sich als Eideshelfer Goethe heran, „den größten Deutschen aller Zeiten, der in „Hermann und Dorothea" das Elend der Emigranten geschildert hat." Poincaré fragt mit Pathos, wieviele Familien Frankreichs, Belgiens, Italiens, Serbiens, Rumäniens, Rußlands und Polens der von Deutschland erklärte Krieg das gleiche Elend des Exils bereitet habe? Es ist nicht notwendig, Deutschland daran zu erinnern, was in Goethes „Hermann und Dorothea" steht, und jeder Tertianer kann leicht beweisen, daß der Vergleich des französischen Ministerpräsidenten schief ist. Aber hat Poincaré, als er diese Worte sprach, nicht an ein anderes Beispiel gedacht, das ihm viel näher liegen müßte, an die „Trauer und die Entbehrung" jener bedauernswerten Deutschen, die im Frieden aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet vertrieben worden sind, weil sie treu zu ihrem Vaterland gehalten haben? Der Verteidiger des französischen Rechtes erinnert an das Unrecht, das die deutschen Eroberer begangen haben. Er sagt: „Je länger der Krieg dauerte, desto häufiger und gieriger wurde die Requisition. Wäsche, Bettzeug, jede Art von Besitz wurde von den Soldaten verlangt, und wenn die unglücklichen Bürger von Dun sich beklagten, antwortete man ihnen: „Das ist der Krieg! Das ist unser Recht!" Wenn ähnliches geschehen ist, wird es kein menschlich empfindender Deutscher verteidigen. Aber was antwortet der französischen Gewalthaber im Ruhrgebiet, was antwortet der Ministerpräsident Poincaré wenn in den Städten Westfalens Wohnungen requiriert, Schulhäuser besetzt und Banken ausgeräumt werden — und alles im Frieden? Poincaré erzählt weiter: „Eines Tages hat ein deutscher Offizier, der die Schulen in Dun besuchte, den tiefsten Untergrund deutschen Denkens erkennen lassen. Dieser Mann sagte, das französische Land sei nach der Eroberung deutsch und es werde fortan deutsch bleiben. Wo der deutsche Adler seine Krallen einschlage, da bleibt er für ewig! Wenn wirklich ein deutscher Offizier ähnliche verbrecherische Dummheiten gesprochen hätte, was bewiese das für die Streitfragen, die heute nach neun Jahren geschlichtet werden sollen. Aber Poincaré weiß, daß diese Erinnerungen die Unterhaltungen, die jetzt von den politischen Führern Deutschlands und Frankreichs vor dem Auditorium der Welt eingeleitet worden sind, nicht weiter bringen können. Er spricht es selbst aus, was er erreichen will, indem er immer nur von der Vergangenheit und niemals von der Zukunft redet: „Der deutsche Adler ist vertrieben. Seine Flügel sind gebrochen, seine Krallen bluten. Aber wir müssen uns noch immer vor den Plänen hüten, die er in seinem Haupt verbirgt (!)."

Poincaré spricht nicht von den praktischen Vorschlägen des Kanzlers Stresemann oder von dem in der ganzen französischen Presse bestätigten Versöhnungswillen der jetzigen deutschen Regierung. Der Leiter der französischen Politik, von dessen Willen jetzt der Friede Europas abhängt, denkt nur daran, den anderen Führern klarzumachen, daß Frankreich und Belgien ein Sonderrecht für seine Politik haben. So lauten die Worte Poincarés: „Ich weiß es wohl, daß die Völker, die durch die deutsche Invasion nicht gelitten haben, sich keinen Begriff von den Leiden und dem Elend machen können, die Belgien, und wir zu erdulden hatten. Kein früherer Krieg kann auch nur einen annähernden Vergleich mit dem Jammer bieten, den eine feindliche Besetzung über unsere Provinzen gebracht hat. Als der Friede unterzeichnet wurde, haben die Verbündeten sich gegenseitig das Wort gegeben, daß diese Verbrechen nicht ungestraft bleiben sollten. Deutschland selbst hat geschworen, daß der Schaden, den Personen und Besitz erlitten haben, wieder gutgemacht werden soll. Heute gibt es Leute, für die alle diese Verpflichtungen und Versprechen nichts anderes sind als tote Buchstaben. Weil die Deutschen ihre Verpflichtungen verleugnet haben (Das Gegenteil ist der Fall. D. Red.) und weil wir es für angemessen hielten, sie an ihr Wort zu erinnern, werden wir kritisiert und geschmäht. Warum geben wir unsere rechtmäßigen Ansprüche nicht auf? Warum klammern wir uns so gierig an unsere Verträge? Warum geben wir nicht zu, daß unsere Forderungen von Völkern nachgeprüft werden, die vom Kriege verschont geblieben sind oder von Banquiers, die es eilig haben, wieder Geschäfte zu machen. Wir werden unbequeme und lästige Querulanten genannt, wenn wir nicht bereitwillig jede Kombination annehmen, die Deutschland von der Verpflichtung befreit, seine Schulden zu bezahlen. Man vergißt, was Deutschland getan hat, um Frankreich zu ruinieren; man vergißt, wie Deutschland versucht hat, seine Pflichten zu verleugnen. Die Vergangenheit zählt nicht mehr. Sie darf nicht mehr mitreden. Nur unsere Forderungen werden noch besprochen, weil sie leider eine sehr lebendige Gegenwart sind: Denn sie sind noch nicht bezahlt. Aber diese Forderungen werden übertrieben genannt. Wir haben es nötiger als andere, schnell bezahlt zu werden, weil wir am meisten verloren haben — aber dennoch, was wir verlangen, soll übertrieben sein! Wir wollen uns über diese Ungerechtigkeit nicht ärgern. Die Franzosen fühlen sich verletzt, weil sie die Illusion haben, daß sie um ihres eigenen Wertes willen geliebt werden und weil sie nun enttäuscht sind. Aber wenn wir uns geirrt haben, wenn wir dachten, daß unsere Freunde mehr als wir selbst unsere Interessen verteidigen müßten, dann brauchen wir uns nicht zu fürchten, irgend jemand zu verletzen, indem wir **unser Recht mit eigener Kraft stützen.** Unsere Rechte stehen in den Verträgen, die von unseren Verbündeten mit unterzeichnet sind. Es gäbe keine Sicherheit mehr in den internationalen Beziehungen, wenn Verträge verleugnet werden könnten. **Weder neutrale Kommissionen, noch internationale Sachverständige, weder eine Treuhändergesellschaft noch der Völkerbund haben die Schuld Deutschlands festzusetzen und die Bedingungen zu bestimmen, die für die Zahlungen gelten sollen. Diese Aufgabe kommt allein der Reparationskommission zu, deren Vollmacht Deutschland ausdrücklich anerkannt hat.** Man kann daran denken, dieser Kommission ihr Recht zu entziehen, dann glaubt man wahrscheinlich, sie würde neuen Konzessionen nicht günstig gesonnen sein. Aber **diese neuen Konzessionen widersprechen den Verpflichtungen, die man übernommen hat und deshalb können wir solchen Konzessionen nicht zustimmen. Wir haben unsere Pfänder. Wir werden sie behalten, bis wir Genugtuung empfangen haben."**

In dieser Rede des französischen Ministerpräsidenten ist kein Satz zu finden, der, wie gestern das „Echo de Paris" ankündigte, die Bedingungen für den Beginn der Verhandlungen enthält. Auch die zweite Sonntagsrede, die einige Stunden später in Brieulles sur Meuse gehalten wurde, gilt mehr der Gemeinde der Verbündeten als dem deutschen Volke. Immerhin wird in dieser Rede wenigstens ein bestimmter Punkt mit klaren Worten umgrenzt: Die Frage der Sicherheit. Auch in dieser Beziehung lautet die Antwort Poincarés ablehnend. Nach der üblichen Einleitung, welche die Leiden des Krieges den Zuhörern ins Gedächtnis ruft, sagte Poincaré: „Ist es nicht jedem klar, daß der deutsche Eroberungsgeist durch nichts mehr ermutigt werden könnte, als durch das Bewußtsein, das angerichtete Unheil nicht bezahlen zu müssen? Wenn Zerstörungen so billig sind, dann werden sich früher oder später wieder junge Deutsche der alten deutschen Schule finden, welche dieses Werk von neuem anfangen. Ist das Reich imstande, seine Rüstungen wieder aufzunehmen und seine militärischen Kräfte zu reorganisieren, dann wird es an Leuten nicht fehlen, welche diese neugeschmiedeten Waffen auch benutzen wollen. **Wir müssen also unsere Reparationen verlangen und wir müssen auch über unsere Sicherheit wachen. Für beide Forderungen gilt der Satz, daß wir die Beute nicht für den Schatten opfern können.** Deutschland hat seit mehreren Monaten die Aufgabe der Ueberwachungskommission vollständig lahmgelegt. Deutschland kann heute soviel Kanonen, Munition und Flugzeuge herstellen, wie es will, entweder in den eigenen Grenzen oder im Ausland (!). Deutschland kann in wenigen Jahren vor uns stehen, bewaffnet und zur Revanche gerüstet, und doch versucht Deutschland vor der Welt unsere tapferen und treuen schwarzen Truppen zu verleumden. Weil Deutschland nicht will, daß wir ein Volk von hundert Millionen Bürgern sind, weil es hofft, uns einmal durch die Zahl beherrschen zu können. Und doch flüstert Deutschland uns heute Worte zu, die uns verlocken sollen, und Versprechungen, von denen es Wunder erwartet! Einige seiner Politiker treten für eine Idee ein, die auch uns nicht unbekannt ist. Sie sagen, weshalb sollten die Staaten am Rhein sich nicht untereinander verbinden, um für eine bestimmte Zeit den Friedenszustand gegenseitig zu garantieren? Würde diese Verständigung nicht der Welt erlauben, wenigstens eine Zeitlang in Frieden und Sicherheit zu atmen? Die Vorkämpfer dieser Idee berufen sich darauf, daß der Plan auch bei unseren Verbündeten Unterstützung findet, und daß es kluge Leute unter den Alliierten gäbe, welche Frankreich die Annahme solcher Vorschläge empfehlen. Herzlichen Dank! Aber wir möchten nicht, daß wahre Freunde Frankreichs diesem Irrweg folgen! Nach dem Vertrag von Versailles haben alle Völker, die dem Völkerbund angehören, die Verpflichtung übernommen, ihre Grenzen zu respektieren. Wenn Deutschland seine Pflichten erfüllt hat, dann steht es ihm frei, seine Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen. Wenn das geschehen ist, haben auch Frankreich und Deutschland einander gegenseitig die Wahrung ihrer Grenzen garantiert. Ein Sondervertrag für den Rhein könnte die Sicherheit eines Generalvertrages nur abschwächen: denn er würde weder die Grenzen der Tschechoslowakei, noch die Grenzen Polens sichern. Wenn eines Tages die Militärpartei in Deutschland siegte, würde sie ihre Angriffe weit vom Rhein beginnen — immer bereit, sich gegen uns zu wenden, wenn wir unseren Bundesgenossen helfen wollen. Diese Antwort habe ich Herrn Lloyd George gegeben, als er mir von einem Sicherheitsvertrage sprach. Mit noch größerer Berechtigung muß ich ebenso den Deutschen Antworten, wenn sie uns diese Kulissen einer Sicherung aufbauen wollen. Ein Garantievertrag hat nur dann praktischen Wert, wenn er uns im Falle eines Angriffs schnelle und wirksame militärische Hilfe sichert. Ein unvollkommener Garantievertrag würde uns der Gefahr aussetzen, bei einer Invasion nahezu allein dazustehen. Noch mehr: Da man uns nach der Unterzeichnung eines solchen Vertrages zumuten würde, abzurüsten, weil wir angeblich nicht mehr in Gefahr seien, ständen wir im Falle eines Angriffs wehrlos einem stärker und besser bewaffneten Feinde gegenüber.

(Fortsetzung Seite 2.)

T. W. In seinem jetzt erscheinenden Buche „Der Krieg der versäumten Gelegenheiten" schreibt General Hoffmann, es wäre im April 1918, nach dem mißglückten Durchbruchsversuch bei Amiens, Pflicht der Obersten Heeresleitung, das heißt Ludendorffs, gewesen, „die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es Zeit sei, Friedensverhandlungen anzuknüpfen", da „keine Aussicht, den Krieg auf der Westfront mit einem entscheidenden Siege zu beenden", vorhanden sei. Einen besseren Frieden als den von Versailles hätte man im April 1918 sicherlich erlangt. Ludendorff aber habe sich der Erkenntnis, daß keine Siegesaussicht mehr bestehe, verschlossen und ebenso „die drohenden Anzeichen auf den Fronten der Verbündeten", besonders bei den Türken und in den Bulgaren, nicht bemerkt. „So trieben wir rettungslos in das Verderben", und die Siegesmeldungen der Obersten Heeresleitungen täuschten das Volk bis zuletzt. Statt sich nach dem Mißlingen seiner Pläne „auf reine Defensive zu beschränken und die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es höchste Zeit sei, auf politischem Wege einen Verhandlungsfrieden zu suchen", habe Ludendorff die nutzlose Offensive immer wieder begonnen. „Die letzte Kraft des Heeres" sei in diesen vergeblichen Schlachten erschöpft worden und so sei Ludendorff zu der für Deutschland vernichtenden „Forderung des Waffenstillstandsangebotes innerhalb vierundzwanzig Stunden" gekommen. Genau fünf Jahre sind vergangen, seit so, schon zur furchtbarsten Entladung bereit, das Schicksal schwer und schwarz über Deutschland hing. Es ist nicht zu verkennen, daß die Erinnerung an diese Ereignisse gerade heute eine gewisse Rolle spielt. Auf deutscher Seite sagt man sich: wir dürfen den richtigen Augenblick nicht wieder versäumen und müssen eine Verständigung anstreben, so lange wir in Ruhe, mit kühler Ueberlegung und ohne Ueberstürzung verhandeln können, der Boden nicht in den letzten Erschütterungen schwankt. Herr Poincaré und seine Getreuen meinen, es müsse genau so wie 1918 kommen, und wie ihnen damals die Frucht des Sieges in den Schoß fiel, reife die neue Frucht abermals heran.

Am gestrigen Sonntag hat Herr Poincaré wieder zweimal im Thale der Maas zelebriert. In beiden Reden findet man keine Antwort, keine bejahende und keine verneinende, auf die Stresemannschen Vorschläge, aber die „Entspannung", von der das „Petit Journal" scheinbar offiziös berichtet, hat jedenfalls auf die Sonntagsrethorik des Herrn Poincaré noch keinen sehr spürbaren Einfluß ausgeübt. In Dun-sur-Meuse hat Herr Poincaré von Goethes „Hermann und Dorothea" gesprochen und sich so, der Abwechselung halber, mit den geistigen Schätzen Deutschlands befaßt. Die Schlußzeilen des Gedichtes

„Und gedächte jeder wie ich, so stünde die Macht auf
Gegen die Macht, und wir erfreuten uns alle des Friedens"

hat er den Bewohnern ein Dun-sur-Meuse leider nicht hergesagt. Statt dessen hat er die Idee bekämpft, die Reparationsfrage einem internationalen Schiedsgerichte oder dem Völkerbunde zu unterbreiten, und er hat erklärt, Frankreich werde die Pfänder, die es in der Hand habe, behalten, bis ihm „Befriedigung" — im französischen Texte vermutlich „satisfaction" — geboten worden sei. Wenn solche Aussprüche unmittelbar auf die Beschäftigung mit Goethe folgen, kann man an merkwürdige Briefe des spanischen Philipp II. denken, der seinen Töchterchen in einem Satze den süßen Gesang der Nachtigall und im nächsten die Reize des Autodafés beschrieb. In Brieulles-sur-Meuse, wo dann Aufenthalt gemacht wurde, sprach Herr Poincaré über die Revanche, die Deutschland, das gefährlich gerüstete und gepanzerte Deutschland, natürlich plant. Er lehnte den bekanntlich nicht vom Kabinett Stresemann, sondern vom Kabinett Cuno angeregten „Garantiepakt" mit sehr ausführlicher Begründung ab. Diese Begründung war ersichtlich weniger für uns als für England bestimmt, und es machte den Eindruck, als glaubte Herr Poincaré, der in Paris erwartete Baldwin werde einen Garantiepakt aus der Tasche ziehen. Schon früher, in den Tagen Briands, sind alle Paktprojekte gescheitert, weil England sich nur für die Grenzen im Westen interessieren wollte und nicht bereit zu den gleichen Abmachungen über die polnischen Grenzen war. Herr Poincaré äußerte sich gestern, dem heranmahenden Baldwin entgegenblickend, über die Notwendigkeit, den Osten zu sichern, und wies alle Vertragsentwürfe, die nicht eine rasche militärische Hilfe garantierten, mit einem ironischen „merci" von sich fort. Er will die Dauer der Rheinlandbesetzung nicht eines solchen Paktes wegen abkürzen und behauptet, die in Versailles festgesetzten Okkupationsfristen hätten noch gar nicht begonnen. Daß er, vor irgendwelchen Verhandlungen oder während der Verhandlungen, diese These vordringen würde, war niemals zweifelhaft. Seine ganze Rheinlandpolitik bräche ohne sie zusammen.

Herr Poincaré hat auch den passiven Widerstand nicht erwähnt, aber seine Presse erklärt noch immer, Verhandlungen könnten nicht beginnen, solange der Widerstand nicht beendet sei. Wenn der passive Widerstand aufhören soll, muß man doch zunächst in einer gemeinsamen Aussprache den Plan für die Lösung dieser keineswegs leichten Aufgabe fertigstellen. Der Hohepriester des Herrn Poincaré, Herr Herbette, sagt uns im „Temps", der Sieger nehme „Bedingungen" nicht an. Ob man das „Bedingungen" oder praktische Voraussetzungen nennen will, ist gleichgültig, aber ein so hervorragender Jurist wie Poincaré weiß sehr wohl, daß man solche Fragen bis jetzt noch immer vorher, zwischen den Beteiligten, geregelt hat. Herr Poincaré beruft sich gern auf das, was nach 1870 geschehen ist. Nun, nach 1870 waren zwischen Bismarck und dem mit Respekt und diplomatischer Courtoisie empfangenen Thiers, zwischen den deutschen und den französischen Unterhändlern und schließlich in Frankfurt zwischen Bismarck und Jules Favre die Einzelheiten der Okkupation, die Abgrenzung der Besetzungsgebiete und die Räumungsfristen genau stipuliert worden, bevor Frankreich mit der Bezahlung seiner Kriegsschuld begann. Sogar in dem brutal diktierten Versailler Friedensvertrage sind wenigstens die einzelnen Etappen festgesetzt, in